



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Peter Andreas Zahn  
Grossratspräsident

## **Antrittsrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt**

7. Februar 2001

Frau Regierungsrätin,  
Herren Regierungsräte,  
meine Damen und Herren

Sie haben mich soeben zu Ihrem Präsidenten für das heute beginnende Amtsjahr sowie die 39. Legislaturperiode des Grossen Rates seit der Verfassung von 1875 gewählt. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen möchte ich Ihnen herzlich danken. Ich freue mich auf dieses Amt und versichere Sie, mit Sorgfalt, Energie und Enthusiasmus diese ehrenvolle Pflicht nach besten Kräften zu erfüllen. Ihnen allen stehe ich selbstverständlich im Rahmen der Leitung unserer Ratsarbeit für Ihre Anliegen stets zur Verfügung.

Es ist mir ein Bedürfnis, meinem Vorgänger Markus Ritter an dieser Stelle zu danken. All diejenigen unter Ihnen, die Markus Ritter als Grossratspräsidenten im vergangenen Amtsjahr erlebten, haben gespürt, wie souverän er unser Parlament geführt hat. Er zeichnete sich durch Gewissenhaftigkeit, umsichtige Führung und sorgfältige Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit, durch geschickten Umgang und Gespür beim Umschiffen von schwierigen politischen Klippen, durch seinen unnachahmbaren Humor und seine Fähigkeit, zuhören zu können, aus. Er hat die Sympathien im Volk über alle Parteigrenzen hinweg erleben dürfen und unser Parlament in der Öffentlichkeit vertreten. Unsere persönliche Zusammenarbeit war von einer offenen, transparenten und freundschaftlichen Atmosphäre geprägt. So denke ich mit Vergnügen an mein Amtsjahr als Statthalter zurück.

Danken möchte ich dem Alterspräsidenten Kurt Bachmann für die Eröffnung dieser Legislatur und seine einführenden Worte. Kurt Bachmann hatte es in der vergangenen Legislatur als einziges Mitglied seiner Partei in diesem Rat nicht immer leicht und ich hoffe, dass er nunmehr zusammen mit seinen neugewählten Kolleginnen und Kollegen all die Forderungen, die er stets postulierte, sachlich und fundiert in die parlamentarische Diskussion einbringen kann.

Mein wichtigster Dank jedoch, dass ich überhaupt dieses Amt annehmen konnte, gehört meiner Familie. Allen voran meiner Frau Marie Louise, die mir stets mit grossem Verständnis den Rücken freihält, damit ich dieses Engagement in der von mir gelebten Form überhaupt tragen kann. Sodann haben meine vier Kinder Verständnis dafür, dass ich im kommenden Jahr eher weniger als mehr zu Hause anzutreffen bin. Mich freut, dass sie bereits in jungen Jahren ein gewisses Interesse an der Politik zeigen. Danken möchte ich meinen verehrten Eltern Peter und Irene Zahn-Amstad, die mir mit ihrer Erziehung in einem weltoffenen Haushalt, in dem ich aufwachsen durfte, all das an Tradition und kritischer Beurteilung mitgegeben haben, aus dem ich heute meine Ideen und Energien schöpfen kann.

Ein weiterer Dank gebührt meiner Sekretärin Frau Astrid Kaiser, die mir stets vieles abnimmt, und meinen Büropartnern, die meinen zunehmenden Abwesenheiten im laufenden Jahr vom Advokaturbüro Verständnis und volle Unterstützung entgegenbringen.

Es ist mir jetzt eine besondere Freude, unseren neugewählten Regierungsrat Dr. Christoph Eymann namens des Grossen Rates willkommen zu heissen. Wir können in Basel darauf stolz sein, dass mit Dir, lieber Christoph, im ersten Wahlgang der Regierungsrat mit einem profilierten Mitglied verstärkt worden ist, das grosse politische und wirtschaftliche Erfahrungen mitbringt. Deine prägende Mitarbeit in der Zeit, als Du noch Grossrat warst, ist für all diejenigen, die Dich damals erlebt haben, unvergesslich. Auch Dein Engagement im Nationalrat, in welchem Du nicht nur Partei- und Einzelinteressen vertrittst resp. vertreten hast, sondern Dich mutig Problembereichen stelltest, die für Dich persönlich von entscheidender Priorität und Massgeblichkeit waren, sprechen für Deine Hartnäckigkeit und Deinen Durchsetzungswillen. Diese Eigenschaften können wir für die Prosperität unseres Kantons bestens gebrauchen. Ich bin überzeugt, dass Du während Deiner Regierungstätigkeit nicht nur gegen aussen den Kanton Basel-Stadt hervorragend vertreten wirst, sondern dass Deine Zusammenarbeit mit unserem Parlament Früchte tragen wird. Wir alle in diesem Saal freuen uns, mit Dir einen offenen Dialog zu führen, der nicht im Leeren verpufft, sondern aus dem konkrete konstruktive Resultate hervorgehen!

Vor Beginn meines nachfolgenden Gedankenganges, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen. Ihnen allen zu Ihrer Wahl resp. Wiederwahl in den Grossen Rat zu gratulieren. Besonders willkommen heisse ich die neugewählten Mitglieder, denen ich einen guten Start, beste Integration und eine erfolgreiche Tätigkeit im Parlamentsbetrieb wünsche.

Als Grossratspräsident kommt man sich wie ein Stafettenläufer vor. Schwungvoll und sportlich wird zu Beginn eines jedes neuen Amtsjahres der politische Stab vom abtretenden Grossratspräsidenten(in) seinem Nachfolger(in) übergeben. Erwartet wird von jedem Vorsitzenden, dass er zu Beginn des Monats Februar einen Anfangsspurts hinlegt und dem Parlament den Ton angibt, im Laufe des Sommers in seiner Laufarbeit nicht erlahmt und ermüdet, sondern das Tempo weiter hält. Gegen Ende der Amtsperiode muss für die Erledigung der Pendenzen ein Zwischenspurts hingefegt werden und am Jahresende sind alle Kräfte auf den Endspurt zu konzentrieren, um die eigene Stabsübergabe an den oder die Nachfolgerin) korrekt in Szene zu setzen. Die präsidentiale Amtszeit dauert nur ein Jahr, also rund 365 Tage. Dieses wird vielleicht manchmal als zu lang, manchmal als zu kurz empfunden. Doch was bedeutet in der horizontlosen Geschichte der Menschheit und Demokratie ein Abschnitt von nur einem Jahr? Was alles kann eigentlich in einem Jahr politisch und wirtschaftlich bewegt, verändert und erneuert werden? Holt die Vergangenheit die Zukunft ein? Sind wir Politikerinnen und Politiker fähig, in einem Jahr die politischen Weichen so zu stellen, damit langfristig etwas Positives und Brauchbares für unseren Stadtstaat hängen bleibt?

Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode lohnt es sich also, kurz inne zu halten, eine kleine Standortbestimmung vorzunehmen und damit die Grundlage zu schaffen, auf welcher Basis unser Parlament die Zukunft in die Hand nehmen muss. Als ich am 26. April 1995 in den Grossen Rat nachgerückt bin und an meinem ersten Tag dieses mehr oder weniger emsige Treiben in diesem Saal miterlebte, habe ich diesbezüglich die Frage gestellt, welches ist der Ausgangspunkt unserer politischen Tätigkeit und wohin soll die Reise führen? Jetzt bin ich mit Ihnen einer der vielen Passagiere auf dieser Reise und habe die Ehre, nun den Kurs dieses Schiffes mitzubestimmen.

Ich will meine nachfolgenden Überlegungen dem Oberbegriff "Zukunft gestalten" unterordnen. In vier entscheidenden und derzeit aktuellen Spannungsfeldern muss nach meiner Beurteilung unsere künftige politische Arbeit, wenn wir zukunftsgerichtet vorwärtskommen wollen, liegen. Zu diesen vier Bereichen, die in unserer Denkweise und Lösungsfindung Priorität haben müssen, gehören folgende Komplexe:

- die Reform- und Modernisierung unseres Staatswesens
- die Öffnung unseres Staatswesens
- eine intensivierete Beziehung unseres Staates mit der Wirtschaft und
- die Bildungs- resp. Ausbildungsfragen unserer Bevölkerung

### **1. Die Politik im Spannungsfeld von Reform und Modernisierung**

Unser Staatswesen kommt nicht umhin, sich in steter Reform und Modernisierung weiter zu entwickeln. Wo liegen die Unterschiede zwischen "Staatsreform" und "Modernisierung"?

Beim Begriff der "Reform" geht es im Grundsatz um den Staat und seine Institutionen, welche sich stets laufend selber erneuern. Die klassische Staatslehre geht davon aus, dass im humanistischen Europa das Gebilde "Staat" sich von Anfang an als ein "semper reformandum" empfunden hat. Das heisst, dass für den demokratischen Staat die dauernde Reform sich per se als zwingend begriffstypisches Element ergibt. So hat sich unser heutiger moderner Verfassungsstaat als Produkt laufender Reformen entwickelt und er muss durch seine Reformen seine Legitimität in steten Entwicklungsschritten selber regelmässig unter Beweis zu stellen. Aktueller Tatbeweis dazu sind die Aufträge der Stimmberechtigten in Basel vom 18. April 1999 und vom 24. Oktober 1999, einen Verfassungsrat ins Leben zu rufen, um die Totalrevision unserer Kantonsverfassung auszuarbeiten.

Anders der Begriff der "Modernisierung". Dieser Ausdruck fokussiert einen anderen Azimut, da er sich an den Überlegungen der Deregulierung, an der Neuorientierung in der globalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und an der Teilauflösung der bisherigen konservativen Institutionen orientiert. Die Begriffe "Reform" und "Modernisierung" zeichnen sich somit nicht durch Parallelität aus, sondern können divergierend kollidieren.

Trotzdem braucht es für beide einen visionären, zukunftsgerichteten Denkansatz, den wir als politisch Verantwortliche unbedingt verfolgen müssen. "Mut zum Aufbruch" ist und bleibt das wegweisende Signal! Die 1995 unter dem kürzlich verstorbenen und von mir sehr geschätzten Mitherausgeber David de Pury veröffentlichten Gedanken, die in ihrer damaligen Umstrittenheit aus heutiger, rückblickender Sicht mehr Wahrheiten beinhalten, als damals erkannt wurden oder erkannt werden wollten, weisen unter dem Aspekt der Zukunftsvision auf den zwingend notwendigen permanenten Mentalitätswandel in unserer Gesellschaft hin! So gilt bezüglich der Modernisierung und Reform unseres Staatswesens auch hier: Mut zum Aufbruch!

### **2. Die Politik im Spannungsfeld der Öffnung**

Wir feiern am diesjährigen Heinrichstag, dem 13. Juli 2001, zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft mit Freude, Stolz und Respekt ein besonderes Jubelfest zum Ausdruck gegenüber unserer Geschichte seit

1501 und der Schweiz, der wir seit 500 Jahren angehören. Der Stand Basel - damals die Stadt Basel und ein Teil der umliegenden Landschaft - hat sich bei Vorbehalt des Stadtherrn, des Bischofs, unter schwierigen Umständen entschieden, sich den zehn alten Orten der Eidgenossenschaft anzuschliessen. Dieser Beitritt der freien Reichsstadt, die um 1500 gegen 10000 Einwohner hatte und bemerkenswerterweise damals an Einwohnern grösser war als die Städte Zürich, Bern, Luzern, Freiburg im Breisgau, Mülhausen oder Colmar, war ein mutiger und visionärer Schritt.

Am Ende des 15. Jahrhunderts hatte Basel zeitweise eine gewisse Mühe mit den eidgenössischen Nachbarn. Obwohl Basel mit den Eidgenossen auf wirtschaftlicher Ebene z.B. im Bereich des Lebensmittelhandels starke wirtschaftliche Beziehungen unterhielt und der damalige wechselseitige Lebensmittelhandel zwischen den eidgenössischen Ständen und dem Elsass allein über Basel lief, war Basel während der unzähligen kriegerischen Ereignisse als neutrale Stadt unter politischem Druck.

Andererseits hat sich Basel im Jahre 1474 in einem Netz von wechselseitigen Verträgen in der Region verbunden, deren Mittelpunkt gleichzeitig Basel war: Zu dieser "Niederer Vereinigung" gehörten neben dem Bund der Herzöge von Österreich und Lothringen mit den Städten Strassburg, Colmar, Schlettstadt und eben Basel sowie den Bischöfen von Basel und Strassburg auch fünf Städte des elsässischen Zehnstädtebundes an.

Beim Ausbruch der Burgunderkriege hatte Basel Partei ergriffen und erklärte am 22. April 1474 dem Herzog von Burgund den Krieg. Basler Truppen waren an den Schlachten von Grandson, Murten und Nancy auf der Seite der siegreichen Eidgenossen als Krieger dabei.

Um 1490 gab es in Basel eine eidgenossenfreundliche Partei, die ein enges Zusammengehen mit der Eidgenossenschaft anstrebte. Im Rat waren jedoch ebenfalls ausgesprochene "Schweizfeinde" aktiv, die einen Bundesbeitritt bekämpften.

Andererseits war Basel 1499 im Schwabenkrieg (Krieg zwischen dem Schwäbischen Bund und den Eidgenossen) mit den Eidgenossen nicht verbündet und in einer misslichen Lage. Nichtsdestotrotz wurde der Friede zwischen den Kriegsparteien am 22. September 1499 in Basel unterzeichnet. Basel begann sich ab diesem Zeitpunkt de facto vom Reich zu lösen und unternahm einen bedeutsamen Schritt zur Selbständigkeit.

An der Tagsatzung vom 10. März 1501 in Zürich wurde das von Basel gestellte Gesuch um Aufnahme zu Verhandlungen für ein engeres Bündnis beraten. Bereits am 19. März 1501 haben die eidgenössischen Boten in Basel, mit dem Willen, die Rheinstadt in den Bund aufzunehmen, eine Einigung erzielt. Am Heinrichstag des Jahres 1501 wurde die Rechtskraft des Basler Bundesbriefes vom 9. Juni 1501 auf dem Marktplatz für die Basler Bevölkerung klar sichtbar geschworen!

Auch nach 1501 blieb in Basel der Regiogedanke aktuell. Trotz den Verträgen mit den Eidgenossen von 1501 gehört Basel weiterhin zum "Rappenmünzbund": So wurde in Basel die gleiche Währung geprägt wie in Colmar, Thann, Freiburg und Breisach und zwar bis zum Ende des 16. Jahrhunderts!

Aus dieser Entwicklung der damaligen Öffnung Basels zur Eidgenossenschaft und zur Regio können wir heute im Jahre 2001 nur lernen! Auch damals brauchte es Jahrzehnte bis sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass Basel als kleiner politischer Stadtstaat allein seine Kraft langfristig ohne Anlehnung an ein Bündnis nicht mehr aufrecht erhalten konnte.

Ich sehe hier Parallelen von 1501 zur heutigen Zeit. Damals musste sich ein kleines Staatswesen, ein Stadtstaat, durchringen, sich einem ihm fremden Konglomerat, nämlich der Eidgenossenschaft, anzuschliessen. Man denke nur, wie kulturell unterschiedlich Basel und die Landkantone waren, wie die Sprachen und der Habitus der Leute in den einzelnen alten Orten sich vom schon damals kultivierten Basel unterschieden haben. Schon damals brauchte die Entwicklung hin zur Eidgenossenschaft seine Zeit und der Anpassungsprozess politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art war schwierig. Heute nach 500 Jahren stellen wir fest, dass der Kanton Basel-Stadt in der Schweiz integriert ist, trotzdem deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kantonen bestehen.

Und nun zur Zukunft: Die Schweiz steht heute ebenfalls an einem Scheideweg zwischen Öffnung und Isolation. Die Schweiz und damit Basel gehören zu Europa. Die Schweiz mit ihren über 7 Mio. Einwohnern sind ein kleiner Mosaikstein im Vergleich zur Einwohnerzahl der Länder der Europäischen Union mit rund 350 Mio. Einwohnern. Wir leben in einer Phase einer harten Grundsatzdiskussion zum Thema Europa. JA oder NEIN? Auch wir müssen heute wie damals vor 500 Jahren eine Güterabwägung im Rahmen unserer langfristigen Überlebensstrategie und der eigenen Interessen vornehmen. Seinerzeit wie heute waren diese Entscheide nicht einfach. Damals hat in Basel jedoch das visionäre, zukunftsgerichtete und weltoffene Element letztlich die Oberhand gewonnen. Das Resultat der Öffnung und des Zusammenschlusses hat sich bewährt. Ich hoffe, dass im Zusammenhang mit den Ländern der Europäischen Union im Nachgang der Umsetzung der bilateralen Verträge in unserem Land heute auch die Visionäre und offenen Geister überzeugen können. Auch hier gilt: Mut zum Aufbruch!

### **3. Die Politik im Spannungsfeld zur Wirtschaft**

Wirtschaft und Politik gehören zusammen. Alle Einwohner und Einwohnerinnen in unserem Staat tragen durch ihren persönlichen Arbeits-einsatz direkt oder indirekt zum Gedeihen unserer Wirtschaft und zum Bruttoinlandprodukt bei. Gleichzeitig bestimmen sie als Stimmberechtigte im politischen Entscheidungsprozess mit. Damit haben wir alle eine Doppelverantwortung in Politik und Wirtschaft wahrzunehmen. Ich wundere mich manchmal, wenn in Gesprächen geäussert wird, Wirtschaft und Politik seien völlig unterschiedlich. Dies mag in der Entscheidungsfindung zutreffen, doch muss das Endziel des Wirtschaftens und der politischen Verantwortung vereinfacht auf denselben Nenner gebracht werden können:

Auf den Nenner der sozialen Marktwirtschaft. Allerdings gibt es markante Unterschiede im Entscheidungsmechanismus. In der modernen Führungshierarchie der Privatwirtschaft wird schnell und direkt entschieden. Bei Misserfolgen müssen die Entscheidungsträger den Hut nehmen und werden meist umgehend ersetzt. In der Politik läuft der Mechanismus träger, da durch die demokratischen Wahlen die Entscheidungsträger, also die Politiker, also wir, für eine feste, mehrjährige Periode gewählt sind. Einmal im Amt, haben diese im courant normal bis ans Ende ihrer Amtsperiode wenig zu befürchten. Dies gilt für Exekutivämter und die Mandate in der Legislative. Diese mehr oder weniger gesicherte Amts-zeitgarantie bringt es mit sich, dass ohne weiteres im politischen Prozess beim Aufgleisen von neuen Ideen und deren Umsetzung das Tempo viel zu oft durch den geruhsamen Gang durch die Institutionen diktiert wird! Dies leider auch dann, wenn die offenen Probleme nach einer raschen Lösung schreien. Entscheide lassen zu lange auf sich warten. Damit geht wertvolle Zeit verloren. Mit Staatsleitungsreformen versucht man, dies zu ändern.

Der gute Wille, schneller zu handeln, ist bei den Parlamentariern und Parlamentarierinnen im Grundsatz da, doch wenn der konkrete Fall eintritt, verzögern sich die Geschäfte. Gesetzlich vorgeschriebene Verfahrensschritte wie Vernehmlassungsverfahren, Hearings, Kommissionsarbeiten, Beschlussfassungen im Parlament, Referenden mit Volksabstimmungen sind für uns im traditionellen Verständnis zwar unverzichtbare Instrumente. Damit kann den Anliegen verschiedener Minderheiten Gehör geschaffen werden. Doch sind wir heute nicht oft soweit, dass Minderheitspositionen, deren Legitimität ich keineswegs absprechen will, oft dringliche und im Gesamtinteresse stehende staatliche Projekte zeitlich hemmen? Hier sei die Frage gestellt, wer hat eigentlich das Recht, das Tempo des Entscheidungsprozesses festzulegen? Ist es das Volk, sind es die Politiker oder ist es die Wirtschaft? Eine Wirtschaft, die historisch überall lokal ihre Wurzeln hatte, die sich heute im Trend in eine nationale und globale Wirtschaft mutiert?

Die internationalen Unternehmen, von denen es von Tag zu Tag mehr gibt und die dank den elektronischen Medien immer enger verknüpft sind, werden in ihren eigenen Entscheidungsprozessen effizienter und noch schneller: Geben diese Unternehmen heute den "Ton" an? Hier stellt sich die Frage, wie wir, die wir in Basel das grosse Glück haben, im Pharma-, Chemie- und Bankenbereich weltweit führende Unternehmen unser Eigen nennen zu können, wie wir als Politiker mit unseren Wirtschaftspartnern umgehen. So ist es erfreulich festzustellen, dass sich in den letzten Jahren das kommunikative Verhältnis und der Erfahrungsaustausch zwischen Politik und Wirtschaft stark verbessert und entwickelt hat. Wir Politiker und Politikerinnen sind auf einer anderen Ebene zwar ebenso stark gefordert wie die Unternehmensverantwortlichen. Hier ist noch mehr Dialog erwünscht. Dies auch, wenn Politik und Wirtschaft einen anderen Taktfahrplan haben. Diese Fahrpläne sind aneinander noch besser anzupassen. Es sind hier Signale für die Zukunft zu setzen.

Die Büros des Grossen Rates und des Landrates des Kantons Basel-Landschaft haben diesen Ball aufgenommen und beschlossen, im Nachgang zu den separaten Publikationen der Wirtschaftsberichte 2000 der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und des Berichtes "Wirtschaft beider Basel 2000", erstellt durch die statistischen Ämter beider Kantone, am Samstag, den 21. März 2001, eine gemeinsame Tagung des Landrates und des Grossen Rates zum Thema "Die Qualität des Wirtschaftsstandortes beider Basel" - "Was erwartet die Wirtschaft von der Politik?" durchzuführen. Beide Parlamente tagen zusammen auf Basler Boden. 8 Unternehmer und Unternehmerinnen werden sich äussern. Damit soll das gegenseitige Verständnis zwischen Wirtschaft und Politik in Basel-Stadt und Basellandschaft gestärkt werden.

Mit der kleinen Parlamentsreform, so wie wir sie mit den Anpassungen an das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates mit Inkraftsetzung vom 1. Februar 2001 angenommen haben, beschreiten wir zudem neue Wege u. a. mit den neu konzipierten, vorberatenden ständigen Sachkommissionen. Hier bleibt zu hoffen, dass die Arbeit in diesen sechs Sachkommissionen effizient ist und das Arbeitstempo letztlich im Rat gesteigert wird. Auch hier braucht es jedoch Mut zum Aufbruch!

#### **4. Die Politik im Spannungsfeld zur Bildung**

Wenn ich darauf hingewiesen habe, dass Wirtschaft und Staat zusammengehören, runde ich meinen Gedankengang damit ab, dass sich die Wirtschaft nur solange erfolgreich

positionieren kann, solange dem Faktor Arbeit mit den Menschen im Zentrum die entscheidende Bedeutung beigemessen wird.

Gute Arbeitsleistungen setzen qualifizierte Arbeitskräfte voraus. Qualifizierte Arbeitskräfte auf allen Stufen setzen ein qualifiziertes Bildungssystem voraus. Ein qualifiziertes Ausbildungssystem, welches vom Grundsatz eine Kernaufgabe des Staates ist und bleibt, setzt qualifizierte Ausbildungsinstitute und Lehrer und Lehrerinnen voraus. Qualifizierte Ausbildungsinstitute müssen das klassische Grundwissen vermitteln und die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen und die Bedürfnisse der Menschen im Auge behalten. Dies heisst soviel, als die mit der Ausbildung betrauten Institute in ihrer Methodik und Zielsetzung nicht stehen bleiben dürfen, sondern sich mit dem steten Bildungswandel fortentwickeln müssen, oder praxisbezogen ausgedrückt, den Umbau von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft mit nachvollziehen.

Für mich persönlich ist die Ausbildungsproblematik in unserem Stadtkanton eine der wichtigsten Prioritäten, die es in der nächsten Zeit mit Volldampf anzugehen gilt. Dies unter der heute traurigen Erkenntnis, dass das Niveau und die Qualität der Ausbildung in den Grundschulen in Basel im Vergleich mit den Nachbarkantonen arg in den Rückstand geraten ist. Gleichzeitig ist an unserer Universität das Qualitätsniveau zu heben, will die Nordwestschweiz ihren Anschluss wieder an die Spitze schaffen. Ich setze voraus, dass wir uns künftig nur mit den besten Vergleichsstandorten und nicht mit dem Durchschnitt messen dürfen. Die Messlatte ist hoch festzuschrauben. Ausbildung bedeutet beste Qualität bereits an den Primarschulen und zwar für inländische deutschsprachige Jugendliche und Jugendliche, die im Integrationsprozess stehen. Hier sind die Zielsetzungen aus dem vorliegenden Integrationsleitbild eine gute Basis. Ausländerkinder, die perfekt deutsch lernen, sind leichter zu integrieren. Diese gehören mit den Einheimischen künftig zum qualifizierten Arbeitspotential, das unsere Stadt weiterbringt. Das Ausbildungsniveau in den Primarschulen, Orientierungsschulen, Weiterbildungsschule und den Gymnasien muss einen Verbesserungsschliff erhalten. Dasselbe gilt für die berufliche Weiterbildung von schlecht oder fehlqualifizierten Menschen. Hier sind zusätzliche Stützkurse notwendig. Wir im Parlament sind gefordert, diese Verbesserungen, die von der Regierung vorgeschlagen werden und die im "Wirtschaftsbericht 2000" des Regierungsrates erwähnt sind, zu unterstützen. Nicht zu vergessen ist dabei die Qualität und die Unterstützung der Berufsschulen. Nebst der akademischen Ausbildung darf diese nicht ins Hintertreffen geraten. Die bereits initiierten praxisnahen Projekte in diesem Zusammenhang lassen Hoffnung aufkommen.

Selbstverständlich ist in der Bildungs- und Forschungspolitik nebst der erwähnten Basisausbildung und der Berufsausbildung, die Hochschulausbildung an der Universität Basel und Fachhochschule beider Basel für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Basel ein entscheidender nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Bietet ein Wirtschaftsstandort Ausbildungsstätten für hoch qualifiziertes Personal auf dem Arbeitsmarkt an, so zeigt die Erfahrung, dass die Neuansiedlung von innovativen Unternehmen mit grossem Wertschöpfungspotential leicht möglich ist. Der Wissen- und Technologietransfer der Hochschulen und ein attraktives Weiterbildungsangebot tragen direkt zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Wir haben in Basel die riesige Chance, mit der Forschungstätigkeit unserer Universität gemeinsam mit der Pharma- und Chemieindustrie über ein Zukunftspotential der wirtschaftlichen Entwicklung zu verfügen. Wenn der Regierungsrat in seinem "Wirtschaftsbericht 2000" schreibt, dass Studienreformen in erster

Linie der Qualitätssteigerung in der Ausbildung dienen und damit auf eine Erhöhung der Anziehungskraft Basels als Bildungsplatz zielen, hat er mehr als recht. Soll die Universität Basel zusammen mit der Fachhochschule beider Basel einen weiteren Beitrag zum Wirtschaftsstandort leisten, so ist es unabdingbar, dass die Politik der Universität in der Lehre und Grundlagenforschung höchste Unterstützung zukommen lasst. Schlüsselworte sind das qualitative und quantitative Wachstum unserer Universität und Fachhochschule, von denen KMU, Grossunternehmen, deren Zulieferbetriebe und Start-Up Firmen befruchtet werden.

Hier sind wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgerufen, mit Weitsicht für die Zukunft Basels unsere Verantwortung zu tragen.

Auch wenn die Finanzsituation in unserem Kanton trotz den zurzeit schwarzen Zahlen, schlecht ist, müssen wir heute meines Erachtens mehr in den Bildungsbereich investieren, als dies auf den ersten Blick einsichtig sein mag. Die heutigen Investitionen in eine gute Ausbildung unserer Jugend werden künftig ihre Früchte tragen. So gilt auch im Ausbildungsbereich: Mut zum Aufbruch!

Ich schliesse meine Ausführungen mit dem Wunsch, dass wir Politiker und Politikerinnen uns in unseren Entscheidungen etwas mehr von zukunftsgerichteten Zielsetzungen und Überlegungen leiten lassen und der langfristigen Planung in der Entwicklung unseres Stadtstaates mehr Gewicht beimessen. Vielleicht können wir etwas von der Dynamik der Privatwirtschaft übernehmen und uns beim Zeitaufwand während unserer parlamentarischen Arbeit bei den "kleinkrämerischen" Geschäften etwas zurückhalten, um langfristig mehr Denkarbeit in die Zukunftsentwicklung zu investieren. Wenn wir unsere Führungsverantwortung und -pflicht in diesem Sinne wahrnehmen, beschreiten wir den richtigen Weg in die Zukunft.

Ich wünsche Ihnen allen eine produktive und auch befriedigende Ratsarbeit im kommenden Jahr. In diesem Sinne erkläre ich das erste Amtsjahr der 39. Legislaturperiode seit der Verfassung von 1875 als eröffnet.



